

Prof. Dr. Stefanie Sauer
Evangelische Hochschule Berlin
Teltower Damm 118-122
14167 Berlin

Mail: malujdy@eh-berlin.de

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30/24 00 92 89
Telefax +49 30/24 00 92 60

info@die-linke-berlin.de
www.die-linke-berlin.de

Berliner Bank AG
Konto-Nr. 43 84 81 68 00
BLZ 100 200 00
Spendenkonto-Nr. 43 84 81 68 03

Betr.: Ihre Mail vom 07. Juli 2016

12.07.2016

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Sauer,

mit Mail vom 07. Juli 2016 haben Sie sich im Namen von Hochschullehrenden und Mitarbeiter*innen der drei Berliner Hochschulen für Sozialwesen, Fachkräften von freien sowie öffentlichen Trägern und Studierenden sozialer Berufe an den Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Die LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus aus Anlass der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2016 mit der Bitte um Beantwortung Ihrer Fragen gewandt. Hierzu möchten wir Ihnen in Namen des Berliner Landesverbandes der Partei DIE LINKE antworten. Unsere Antworten auf die gestellten Fragen finden sie in der Anlage auf der nächsten Seite.

Mit freundlichen Grüßen,



Sebastian Koch

Referent des Landesvorsitzenden

Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin auf den Wahlprüfstein von Hochschullehrenden und Mitarbeiter*innen der drei Berliner Hochschulen für Sozialwesen, Fachkräften von freien sowie öffentlichen Trägern und Studierenden sozialer Berufe zur Abgeordnetenhauswahl 2016 zum Thema „Soziales Praktikum“

- 1. Wie bewerten Sie die aktuelle Situation von Praktikantinnen und Praktikanten, die ein 5 monatiges unbezahltes Praktikum absolvieren müssen?*

Für die meisten Praktikant*innen ist die Situation leider immer noch prekär, weil sie i.d.R. keine entsprechende Vergütung erhalten und häufig darauf angewiesen sind, neben dem Studium auch noch zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt sichern zu können.

Seit Jahren sind diese Probleme bundesweit bekannt. Das Netzwerk Prekäres Praktikum hatte 2013 für den Bereich der Sozialen Arbeit in Berlin dazu Untersuchungen vorgenommen. Wir teilen die dort gewonnenen Erkenntnisse und Einschätzungen.

Die Hoffnung der Betroffenen, eine Lösung ab 2015 mit dem Mindestlohngesetz des Bundes zu finden, hat sich nicht erfüllt. Student*innen bleiben außen vor.

DIE LINKE im Bundestag hatte sich selbstverständlich für gesetzliche Regelungen eingesetzt.

- 2. Sind sie für eine gesetzlich verankerte Bezahlung dieser Pflichtpraktika im Sozialen Bereich?*

Ja, denn Arbeitsleistungen müssen auch vergütet werden. Goodwill Aktionen helfen hier nicht weiter. Es muss eine gesetzliche Verankerung der Bezahlung von Pflichtpraktika geben.

- 3. Sind sie für eine Vergütung in Höhe des Existenzminimums?*

Das ist das wünschenswerte Ziel und es wäre ein wichtiger und guter Beitrag, um die Attraktivität eines Studiums im sozialen Bereich zu erhöhen.

- 4. Bisher gibt es keine Ressourcen, um die Anleitung von Praktikantinnen und Praktikanten zu gewährleisten. In den (Rahmen)Verträgen zwischen Senat und Trägern sozialer Dienste tauchen Praktika nicht auf. Würden sie dies ändern? Wenn ja, wie?*

Dieses Problem ist zwischen den Genannten zu thematisieren und zu einer Lösung zu bringen. Dazu gehört u.a. auch, dass Pflichtpraktika längerfristig vorbereitet werden.

In welcher Form dies verbindlich geregelt werden kann, ist mit den Experten und dafür Verantwortlichen zu klären.